

Mathias Samson
Staatssekretär

Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Energie, Verkehr und Landesentwicklung



Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr
und Landesentwicklung · Postfach 31 29 · 65021 Wiesbaden

Frau Ilka Westenberger
und
Frau Christine Wagner
e-mail: aktiv-gegen-ultranet@web.de

18. Dezember 2018

Netzausbauvorhaben Ultranet

Sehr geehrte Frau Westenberger,
sehr geehrte Frau Wagner,

vielen Dank für Ihre Nachricht vom 24. Oktober 2018, in der Sie Bezug auf die Kleine Anfrage mit der BT-Drucksache 19/4587 nehmen. Gerne möchte ich Ihnen im Namen von Herrn Ministerpräsident Bouffier und Herrn Staatsminister Al-Wazir antworten.

Die Hessische Landesregierung ist von der Notwendigkeit des Zubaus an Erneuerbaren Energien und des Netzausbaus in Deutschland überzeugt. Dies gilt umso mehr, da niemand ein Interesse daran haben kann, die endgültige Abschaltung des letzten Kernkraftwerks in Deutschland bis spätestens zum 31. Dezember 2022 infrage zu stellen. Wir wissen allerdings auch, dass es im Hinblick auf das Netzausbauvorhaben Ultranet vor Ort erheblichen Gesprächsbedarf gibt. Deshalb war es der Hessischen Landesregierung ein besonderes Anliegen, alle Entscheidungsträger an einem Tisch zusammen zu bringen, um über mögliche räumliche Entlastungen und die damit verbundenen Herausforderungen zu diskutieren. Dieser „Runde Tisch“ hat am 28. November 2018 unter Beteiligung des Bundeswirtschaftsministeriums, der Bundesnetzagentur, des Vorhabenträgers Amprion sowie der hessischen Landkreise und Kommunen im Planungsabschnitt D des Ultranet-Vorhabens im Hessischen Wirtschaftsministerium stattgefunden.

Die Bundesnetzagentur hat in diesem Rahmen ausgeführt, dass sie als Planungs- und Genehmigungsbehörde von Ultramet noch keine Entscheidung über die sich im Verfahren befindlichen Alternativtrassen, zu denen auch der von Ihnen angeführte linksrheinische Trassenkorridor gehört, getroffen hat. Die vom Vorhabenträger Amprion eingereichten Planungsunterlagen, nach denen die im rechtsrheinischen Trassenkorridor verlaufende Hybridleitung als vorzugswürdig anzusehen ist, werden derzeit von der Bundesnetzagentur ergebnisoffen geprüft.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat wiederum deutlich gemacht, dass die von Ihnen erwähnte Aussage in der Beantwortung der Kleinen Anfrage so zu verstehen ist, dass der Bundesgesetzgeber ein großes Interesse daran hat, dass zügig „technische“ Erfahrungen mit der Hybridtechnologie gesammelt werden. Dies bezieht sich insbesondere darauf, dass das für Ultramet vorgesehene Leiterseil sowohl im Gleich- als auch im Wechselstrombetrieb eingesetzt werden kann. Diese Flexibilität, die im Fall technischer Probleme an einem der beiden Konverter einen Weiterbetrieb der Ultramet-Leitung ermöglicht, besteht nur beim Einsatz von Freileitungen, nicht aber bei Erdkabeln. Neben den weit fortgeschrittenen Planungen war auch dies ein wesentlicher Grund, weshalb sich der Bundesgesetzgeber bei der Novelle des Energieleitungsbaurechts im Jahr 2015 bewusst dazu entschieden hat, Ultramet im Bundesbedarfsplangesetz nicht mit dem Buchstaben „E“ zu kennzeichnen und das Vorhaben damit von dem Erdkabelvorrang auszunehmen.

Bei dem Runden Tisch bestand Einigkeit darüber, dass die bestehende 380 kV-Wechselstromleitung, die - wie Sie in Ihrem Schreiben anführen - teilweise Wohnhäuser überspannt oder in einer Entfernung von lediglich 20 Metern an ihnen vorbeiführt, nur dann verschwenkt werden kann, wenn Ultramet weiterhin als Hybridleitung geplant wird. Deshalb begrüßt es die Hessische Landesregierung ausdrücklich, dass viele Kommunen, zum Teil gemeinsam mit Amprion, konkrete Vorschläge für eine Verschwenkung der Bestandstrasse erarbeitet haben, die auch bereits Eingang in das laufende Bundesfachplanungsverfahren gefunden haben. Im Rahmen des Runden Tisches ist es uns zudem gelungen, die Bundesnetzagentur davon zu überzeugen, auch den Kommunen, die bislang noch keine eigenen Trassenalternativen vorgeschlagen haben, erneut hierzu Gelegenheit zu geben. Der Vorhabenträger Amprion hat diesen Kommunen zudem angeboten, sie zeitnah bei der Erarbeitung entsprechender Vorschläge mit dem Ziel einer räumlichen Entlastung zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

M. Samson